



Gewerkschaft der Polizei

Mitglied der European
Confederation of Police (EUROCCP)

Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht

Regierungsstraße 73

99084 Erfurt

Kreisgruppe Saalfeld

Promenadenweg 9
07318 Saalfeld
Telefon: 03671 561558

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben

Unser Zeichen

Datum

22.02.2014

Offener Brief

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,

Die Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei der Kreisgruppe Saalfeld haben nach einem intensiven Diskussionsprozess einen offenen Brief zum Umgang mit erkrankten, schwerbehinderten oder von Behinderung bedrohten Kolleginnen und Kollegen beschlossen.

Die im Geschäftsbereich der Thüringer Landespolizei organisierten Polizeigewerkschaften und Interessensverbände fordern schon lange den Stellenabbau in der Thüringer Polizei zu stoppen und mehr Kolleginnen und Kollegen auszubilden.

Auf Grund der schlampigen Einstellungspolitik der vorangegangenen Regierungen scheiden mehr Kollegen aus den aktiven Dienst aus, als eingestellt werden.

Es droht der Thüringer Polizei ein massiver Personalengpass. Die Medien haben darauf auch kürzlich mit eindrucksvollen Beispielen hingewiesen.

Zusätzlich zu den regulären Zurrhesetzungen, aufgrund der Erreichung der Altersgrenze, droht der Polizei in Thüringen der Verlust von hunderten Kolleginnen und Kollegen, wenn die PDV 300 restriktiv umgesetzt werden sollte.

Für hunderte Kollegen und Kolleginnen besteht die Gefahr nach der Novellierung der PDV 300, die Polizeidienstunfähigkeit attestiert zu bekommen.

Der Schutzmann, der bei einer häuslichen Gewalt begleitet und unterstützt,

der Schutzmann, der Karnevals-, Martins- und Schützenumzüge begleitet,

der/die Verkehrserzieher/in, die unsere Kinder auf die Gefahren im Straßenverkehr vorbereiten,

der/die Opferschutzbeauftragte, die Menschen nach einer Gewalttat intensiv begleiten, damit sie das Erlebte verarbeiten können,

der/die Anzeigensachbearbeiter/in, die aus gesundheitlichen Gründen keinen Nachtdienst mehr machen kann, aber für die Bürger ein wichtiger Ansprechpartner ist,

der/die Verkehrsdienstbeamte/in, die Schwerlast- oder Alkoholkontrollen durchführen, um schwere Unfälle zu verhindern und somit Leben retten,

der/die Kriminalsachbearbeiter/in, die Einbruchs-, Diebstahls- oder sonstige Delikte aufklären, der/die Verkehrssachbearbeiter/in, die Ihren Unfall bearbeitet, damit Sie Ihr Recht bekommen,

der Schutzmann, der präventiv arbeitet, um zu verhindern, dass Sie Opfer einer Straftat werden, der/die Kriminalsachbearbeiter/in, die Drogenkriminalität bekämpft, um Ihre Kinder zu schützen und und und.

Ich könnte es endlos fortführen.

Viele solcher Aufgaben, die für die Sicherheit der Bürger und Bürgerinnen unseres Landes wichtig sind, sind mit behinderten oder eingeschränkt dienstfähigen Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen besetzt. Und sie machen ihre Aufgabe gut und sind hoch motiviert. Zum Wohle und zur Sicherheit aller Bürger und Bürgerinnen dieses Landes.

Alle haben etwas gemeinsam – sie haben ein Handicap, wie auch immer es aussieht.

Ob es eine Behinderung, eine dauerhafte Einschränkung nach einem schweren Dienstunfall, nach einer schweren Verletzung, nach Krankheit oder nur das fortgeschrittene Alter ist.

Aber aus diesen Gründen können sie nicht mehr an jedem Ort, zu jeder Zeit, an jeder Stelle uneingeschränkt eingesetzt werden.

Nach der neuen Vorschrift sind sie jetzt „**Polizeidienstunfähig**“. Eine Vorschrift, die völlig realitätsfremd ist. Sie mag nun dem Richterspruch eines Bundesverwaltungsrichters gerecht werden, allerdings nicht der Wirklichkeit.

Stellen Sie sich vor, Frau Ministerpräsidentin, all diese Polizistinnen und Polizisten sind nicht mehr da, wer soll dann diese Aufgaben wahrnehmen.

Stellen Sie sich vor, eine Begleitung von Umzügen, die Vorbereitung Ihrer Kinder auf die Gefahren im Straßenverkehr, Anzeigenaufnahme, Opferbetreuung, Straftatenaufklärung, Bekämpfung der Drogenkriminalität, Unfallsachbearbeitung, Unterstützung bei häuslicher Gewalt, Unterstützung bei Fußballspielen, sinnvolle Initiativen wie „Kurve kriegen und Riegel vor“, Verkehrsunfallprävention etc. etc. – finden in unserem Lande nicht mehr statt.

Wir fragen Sie: **Ist das der politische Wille der Landesregierung?**

Eine Antwort haben wir bis jetzt nicht. Still wurde die neue PDV 300 durch den Abteilungsleiter 4, Herrn Robert Rycko in der Thüringer Landespolizei zum 01.02.2013 eingeführt.

Unsere betroffenen Beschäftigten sind verunsichert. Das ist verständlich. Ihre berufliche und private Existenz ist bedroht. Und sie werden zum wiederholten Maße durch die Politik allein gelassen.

Für die Menschen, die unsere innere Sicherheit schützen, ist momentan nichts sicher.

Wenn all diese Kollegen und Kolleginnen nicht mehr da sind – müssen andere die vielfältigen Aufgaben übernehmen.

Überstunden an Überstunden sind vorprogrammiert – die jungen und noch fitten Kollegen und Kolleginnen werden aufgrund der Überlastung früher krank, ernsthaft und dauerhaft. Sie sind dann halt bereits mit Ende dreißig verschlissen und nicht mehr voll einsetzbar.

Aus unserer Sicht ist dies ein unverantwortliches Handeln gegenüber unseren Nachwuchskräften. Kann man jungen Menschen bei dieser immer über ihnen schwebenden Gefahr, noch raten sich für den Polizeiberuf zu entscheiden? Polizist/Polizistin - ein attraktiver und sicherer Beruf? **Bei weitem nicht mehr !!**

Durch Ignorieren und Nichtstun wird die Politik dieses Problem nicht lösen können. Gesundheitsmanagement auf dem Papier hilft hier auch nicht weiter.

Sie und Ihre Landesregierung haben jahrelang versagt!!

Dienstlich verordneter Sport – wer hat denn dafür noch Zeit? Nach 10/11 Stunden Arbeit kann man und will nicht mehr. Wie sinnfrei ist es denn, einen Kollegen mit 48 Jahren daran zu messen, wie weit er die Kugel stößt oder wie weit er in der Sandgrube springt.

Nebenbei oder zu aller erst sind unsere Familien auch noch da.

Wenn wir jetzt nicht handeln, wird unser Nichtstun uns bald einholen – die Polizei Thüringen steht bereits jetzt schon durch eine verunglückte Polizeireform und durch eine schlampige Einstellungspolitik, mit dem Rücken an der Wand.

Die Politik muss handeln – und zwar jetzt.

Es gibt Lösungen – aber man muss Geld in die Hand nehmen und man muss es wollen – „Innere Sicherheit“ gibt es nun mal nicht zum Nulltarif.

Die Bürger und Bürgerinnen dieses Landes haben ein Recht auf „Innere Sicherheit“ und nicht ein Recht auf stundenlanges Warten auf ihre Polizei.

Unsere Polizisten und Polizistinnen haben ein Anrecht auf uneingeschränkte Unterstützung, wenn sie irgendwann mal nicht mehr so fit wie ein 20jähriger sind.

Sie haben täglich ihr Leben für die „Innere Sicherheit“ eingesetzt. Das Land hat ihnen gegenüber eine besondere Verpflichtung.

Es gehört nun mal zur ganzen Wahrheit, dass ein Polizist, eine Polizistin während seiner/ihrer Dienstzeit irgendwann nach der neuen PDV 300 „polizeidienstunfähig“ werden kann, wahrscheinlich sogar wird. Denn Krankheit, Behinderung und Alter trifft uns sehr schnell.

Es sind heute schon viele polizeidienstunfähig, wenn man jetzt die neue PDV 300 als Maß aller Dinge zu Grunde legt – sie leisten aber trotz Handicap einen wichtigen, unersetzlichen Beitrag zur Erhaltung der Inneren Sicherheit - für den Freistaat Thüringen, für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

Ein Signal in die Behörden ist nicht zu erkennen – einige Behörden suchen sich bereits – insbesondere behinderte und ältere Polizisten und Polizistinnen aus – um sie dem Amtsarzt vorzustellen, obwohl die Betroffenen keine Ausfallzeiten vorweisen und ihren Aufgabe für das Allgemeinwohl gut machen. Trotz ihres vorgeschrittenen Alters und trotz ihres Handicaps.

Ziel der Landespolizeidirektion ist die vorzeitige Zurruesetzung. Was sagt der Rechnungshof zu den Pensionskosten?

Frau Lieberknecht, es Ihr Auftrag. Der Auftrag zum Stellenabbau, den Sie ausgelöst haben.

Das nennen wir Inhumanes Handeln. Das hat mit der Fürsorge des Dienstherrn nichts zu tun.

Die Devise scheint in einigen irrenden Köpfen zu sein - tausche „Alt und krank gegen jung und gesund“. So kann man natürlich auch den hohen Altersdurchschnitt in der Polizei senken. Eine andere Landespolizei macht es bereits vor – alle lebensältere, eingeschränkt verwendungsfähigen Kollegen und Kolleginnen sollen Zug um Zug aus dem Dienst entfernt werden plus eine Zahl X an Neueinstellungen, schon hat man sein Ziel, die Polizei bis 2020 zu verjüngen, erreicht. Einfache Rechnung, mag die Meinung sein.

Das wollen wir nicht. Die Zeche zahlen wir alle. Denn das gibt es sicher nicht zum Nulltarif.

Hohe Pensionslasten, hohe Ausgaben für Neueinstellungen, hohe Kosten für aufkommende Krankheiten sind die Folgen.

Menschenwürdiger Umgang und Wertschätzung sieht anders aus.

Das körperliche, geistige und seelische Wohlbefinden der Beschäftigten ist eine wesentliche Voraussetzung für eine effektive und effiziente Polizei im Freistaat Thüringen.

Dazu gehört neben einer **vernünftigen Beurteilungs- und Beförderungspolitik** auch der humane Umgang mit behinderten und eingeschränkt verwendungsfähigen Polizisten und Polizistinnen. Mit der Zahlung eines Pensionsgehaltes kann es nicht getan sein.

Wir fordern die Politik auf, sich um ihre Polizisten und Polizistinnen zu kümmern. Und zwar jetzt.

Wir fordern Sie auf, die Behörden einzufangen, die bereits Kollegen und Kolleginnen in voreuseilendem Gehorsam ohne Grund oder Anlass zum Amtsarzt schicken.

Wir fordern Sie auf, für die betroffenen Kollegen und Kolleginnen vernünftige, existenzsichernde Lösungen zu suchen.

Wir fordern die Polizeiführung auf, mit den betroffenen Kollegen und Kolleginnen menschenwürdig umzugehen und sie nicht in das soziale Abseits zu schicken.

Unsere Polizisten und Polizistinnen haben diesen Umgang nicht verdient.

In vielen Fällen haben sie ihre Gesundheit durch die besonderen Gefahren des Polizeidienstes und durch die schwierigen Arbeitsbedingungen eingebüßt. Das darf man nicht vergessen.

Es sind die kleinen Dinge, auf die es ankommt, auf die Umgangsformen z. B. und die kosten kein Geld – sind aber immens wichtig. Wir haben im Bericht unseres örtlichen Personalrates an die Belegschaft in der letzten Personalversammlung darauf besonderen hingewiesen und den inneren Zustand der Thüringer Polizei besonders kritisch beleuchtet.

Thüringen will innovativ sein und sozial bleiben – so, die vielen Aussagen der politisch verantwortlichen Menschen der Landesregierung, so auch Ihre Aussage.

Die Menschen in der Thüringer Polizei dürfen hierbei aber nicht vergessen werden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Rainer Kräuter', is written over a light blue rectangular background.

Rainer Kräuter
Vorsitzender der GdP
Kreisgruppe Saalfeld